



NEWSLETTER III/2012

NORD|SÜD *news*



Foto: © Flickr/riitablasqueluhan; CC BY-NC-SA 2.0

Lebensperspektive: Jung, arbeitslos, traumatisiert

Die wahren Verlierer der Krisen und der Antikrisenpolitik heißen Abiya oder Ihab, Jocelin oder Noel, Anna oder Panteles. Sie leben in Palästina, in Nordafrika, in Südostasien, aber auch in Spanien und Griechenland. Gemeinsam ist ihnen, dass sie jung sind – zwischen 15 und 24 Jahre – ohne Arbeit und deshalb ohne Perspektive.

Rund um die Welt steigt die Anzahl der jungen Menschen, die keinen Job finden, nicht wissen, wie sie jemals ihr Leben in die eigene Hand nehmen, sich eine Zukunft aufbauen sollen. Der Internationale Gewerkschaftsbund IGB/ITUC stellt das Thema Jugendarbeitslosigkeit deshalb in den Mittelpunkt des weltweiten Aktionstages für Menschenwürdige Arbeit, der am 7. Oktober 2012 zum fünften Mal statt findet. „Einen Job zu bekommen ist fast unmöglich“, sagt Tomas Jasinski

vom polnischen Gewerkschaftsverband OPZZ, der bis Ende 2011 dem Jugendausschuss des EGB vorstand, im IGB/ITUC-Report „Die soziale Krise nach der ökonomischen – Millionen arbeitsloser junger Menschen“. „Aber gute Arbeit zu finden, das ist wie ein Sechser im Lotto.“ Und selbst ein guter Job gebe Jugendlichen und jungen Erwachsenen keine Sicherheit. „Wenn sich das nicht ändert, werden wir sehen, dass junge Menschen ein wachsendes Misstrauen in politische, soziale und ökonomische Institutionen entwickeln, das wir besser vermeiden würden“, schreibt Margherita Bussi, Wissenschaftlerin am gewerkschaftlichen Forschungsinstitut ETUI. Mindestens 75 Millionen junge Arbeitslose gibt es nach offiziellen Zahlen derzeit insgesamt weltweit, vier Millionen mehr als noch 2007, zeigt der jüngste „Global Employment Outlook“ der Internationalen Arbeits-

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Titel

- | Lebensperspektive: Jung, arbeitslos, traumatisiert S.1

Kommentiert

- | Nicht verloren, wütend! S.2

Vorgestellt

- | Guy Ryder – Der Hoffnungsträger S.3

Decent Work

- | Gewerkschaftsrechte: Todesurteil aufs Mobiltelefon S.4
- | Kinderarbeit: Samsung lässt Kinder schufteln S.5
- | Hausangestellte: Die Unsichtbaren S.6

Aus Projekten und Kampagnen

- | Türkei: Hasan Arslan – „Engagieren ist gefährlich“ S.7

Notiert

- | Bangladesch-Projekt erfolgreich; Gerech handeln; Todesfalle Textilfabrik; Recht auf Mitsprache
Impressum S.8

Fortsetzung von Seite 1

organisation ILO in Genf, der im September 2012 vorgestellt wurde und den Untertitel „Düstere Arbeitsmarktaussichten für Jugendliche“ trägt. Das entspricht einer Quote von 12,7 Prozent.

Der Durchschnittswert macht allerdings nicht deutlich, wie dramatisch die Situation für viele tatsächlich ist: In Palästina sind 53 Prozent der jungen Frauen und 32 Prozent der jungen Männer ohne Arbeit, in Tunesien liegt die Quote bei über 30 Prozent, in Nordafrika insgesamt bei 27,5 Prozent. Ähnlich hoch ist sie mit 26,4 Prozent im Mittleren Osten, also etwa im Iran. Ganz besonders zugespitzt hat sich die Situation in den letzten Monaten in einigen Ländern, die eigentlich zum Norden zählen: In Griechenland und Spanien stieg die Jugendarbeitslosigkeit aufgrund der dort herrschenden Staatsschulden- bzw. der Liquiditätskrise infolge der Immobilienkrise ebenfalls auf mehr als 50 Prozent. Experten sehen eine große Gefahr, dass das ein noch schlechteres Signal für junge Menschen in den Ländern des Südens ist: Die Krise in Europa fängt gerade erst an, auf den Rest der Welt überzugreifen.

Zu den geringen Aussichten, überhaupt auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, kommt, dass junge Menschen oft in besonders prekären Jobs landen. Mehr als 200 Millionen beschäftigte Frauen und Männer verdienen weniger als zwei US-Dollar am Tag. Eine viel höhere Zahl hat keine Krankheits- oder Altersversorgung. Die ILO spricht schon seit längerem von einer „lost generation“. Jungen GewerkschafterInnen und anderen AktivistInnen ist das jedoch zu demotivierend, sie nennen sich lieber „scarred“, also traumatisiert (s. Kommentar). Junge Menschen sind allerdings nicht die einzigen, deren Lebenssituation sich zuletzt verschlechtert hat. Einen Backlash konstatieren diverse Untersuchungen vor allem auch bei Gewerkschafts- und Arbeitsrechten. In manchen Regionen der Welt bedeutet es sein Leben aufs Spiel zu setzen, wenn man für Kollektivverhandlungen oder bessere Löhne eintritt (Seite 4). Zugleich werden Gewerkschafter aber auch in Ländern, in denen es bereits Formen von Sozialpartnerschaften gibt, wieder stärker bekämpft – auch mit illegalen Mitteln. Insgesamt nimmt prekäre Arbeit immer schneller zu. Immer noch müssen in vielen Ländern auch Kinder versuchen, bezahlte Arbeit zu finden, damit die Familie überleben kann (s. Seite 5). Der deutsche Gewerkschaftsbund DGB hat die Bandbreite seiner Schwerpunkte zum Thema Menschenwürdige Arbeit für seine Konferenz, die er am weltweiten Aktionstag veranstaltet, deshalb um diese Felder erweitert.

Beate Willms



Weitere Informationen: 2012.wddw.org; www.ilo.org;
www.ituc-csi.org; www.dgb.de



Kommentiert

Nicht verloren, wütend!

Die Auswirkungen der Krisen treffen überproportional junge Menschen. Weltweit sind 75 Millionen von ihnen ohne Arbeit, in manchen Ländern trifft es mehr als jeden zweiten. Und jetzt? Und jetzt!

Die Arbeitslosigkeit ist mit der Finanz- und Wirtschaftskrise drastisch gestiegen. Was heißt das für die Jüngeren? Droht eine traumatisierte Generation heranzuwachsen? In Spanien ist fast jeder zweite ohne Job. Ziehen sie sich einfach vom Arbeitsmarkt zurück? Sind sie nicht gut genug ausgebildet, wie Politiker behaupten? Oder fehlt es doch eher am politischen Willen, die aktive Arbeitsmarktpolitik auszubauen? Und: Kann Europa allein für eine Erholung sorgen oder ist eine weltweite Initiative nötig?



Foto: © CCOO

Protest, Madrid, 2012: „Wir kämpfen für uns.“

Sicher, das Problem der weltweiten Jugendarbeitslosigkeit ist gleich am Anfang der Krise erkannt und dann der Begriff der „verlorenen Generation“ geprägt worden. Doch er nimmt die Regierungen aus der Verantwortung, denn er vermittelt den Eindruck, dass sie machtlos seien. Nichts anderes steckt auch hinter dem neuen als trendy geltendem Wort NEETS – kurz für young people „not in education, employment or training“. Das hört sich so an, als seien die Jugendlichen selbst schuld.

Mitnichten haben wir es aber bei uns in Spanien mit NEETS zu tun. Nicht einmal vier Prozent der spanischen Jugendlichen zwischen 16 und 29

Jahren gehören laut Daten der spanischen Regierung zu dieser Gruppe. Im Gegenteil: Unter den Jugendlichen gibt es weniger NEETS als unter den Älteren. Sprache transportiert immer auch eine Ideologie. Das zeigt sich in „verlorene Generation“ und in „NEETS“ besonders: Es ist die Sprache des Neoliberalismus. Jeder ist für sein eigenes Schicksal verantwortlich und Markt geht vor Staat. Darum sollten wir von der „scarred“ Generation reden, einer Generation, die von der Krise und den Reaktionen der Regierungen gezeichnet, die traumatisiert ist.

Die Realität für spanische Jugendliche sieht so aus: Es gibt sie, die Arbeitslosen mit einer geringen Qualifikation. Die Baubranche lockte sie von der Schule, als die Immobilienblase groß wurde. Es gibt aber auch die besser Ausgebildeten – die allerdings einen Job machen, der weit unter ihrer Qualifikation ist. Wir, die Jüngeren in Spanien, sind wütend – weil Jobs fehlen und die Jobs, die da sind, unsicher und schlecht bezahlt sind. Und wir sind gegen die Maßnahmen der Regierung, zu denen die Kürzung der öffentlichen Ausgaben, der Pensionen und Sozialhilfen und die Einschränkung der Rechte von Arbeitnehmern und Gewerkschaftern gehören. Sie helfen nicht. Stattdessen muss die berufliche Qualifizierung gestärkt werden – und zwar für ein Wirtschaftssystem, das auf grünes, nachhaltiges Wachstum setzt. Geld sollte auch in Forschung und Entwicklung fließen. Neue Jobs könnten zudem in der Pflege geschaffen werden, denn auch die Betreuung von Alten wird immer wichtiger. Doch ein neues Pflegegesetz wird seit Jahren hinausgezögert. Genauso wenig tut sich, wenn es darum geht, neue Jobprogramme zu schaffen, etwa um Öko-Energien, die Gebäudesanierung und umweltfreundliche Verkehrssysteme zu fördern.

Die Regierung verweigert sich, ihr Fokus ist einseitig anderer. Deshalb müssen sich die Gewerkschaften einmischen. Der Sparkurs, der Abbau des Staates und der öffentlichen Hand dürfen nicht ohne Antwort bleiben. Eine Sache von Spaniern allein ist die Bekämpfung der Krise allerdings nicht, sie ist zuallererst die Sache aller Europäer. Europäische Gewerkschafter müssen mehr denn je zusammenarbeiten – um die Krise radikal anders zu bekämpfen.

Abteilung Jugend des spanischen Gewerkschaftsdachverbands CCOO, Madrid.
Übersetzung ins Deutsche: Hanna Gersmann



Weitere Informationen: www.ccoo.es



Guy Ryder

Der Hoffnungsträger

Für die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in Genf ist es eine Premiere: Zum ersten Mal steht ein waschechter Gewerkschafter an der Spitze der Organisation, in der Regierungen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer der 194 Mitgliedsländer drittelparitätlich vertreten sind. Umso größer sind die Erwartungen an den Briten Guy Ryder, der im Oktober als zehnter Generaldirektor der ILO den Chilenen Juan Somavía ablöst.

Der 58-jährige Ryder begann seine Karriere nach dem Studium in seiner Geburtsstadt Liverpool und an der Eliteuniversität Cambridge beim britischen Gewerkschaftsbund (Trade Union Congress, TUC). Und auch dort fing er gleich in der internationalen Abteilung an. Bereits 1985 wechselte Ryder für 17 Jahre nach Genf: zunächst als Vertreter internationaler Gewerkschaftsverbände und dann ab 1998 als Direktor der ILO-Abteilung für Arbeitnehmerfragen.

2002 wurde Ryder zum Generaldirektor des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften in Brüssel (ICFTU) gewählt. Er managte dessen Vereinigung mit der vom ehemaligen kommunistischen Ostblock dominierten internationalen Gewerkschaftsorganisation zum Internationalen Gewerkschaftsbund. Aus dieser Zeit stammt der Ruf des Briten als hervorragender Organisator. 2010 kehrte er nach Genf zurück als ILO-Exekutivdirektor für internationale Arbeitsstandards. Bei der Wahl des neuen Generaldirektors durch den ILO-Verwaltungsrat Ende Mai hat sich Ryder mit 30 von 56 Stimmen gegen acht weitere Kandidaten durchgesetzt. Die 18 Gewerkschaftsvertreter im Wahlgremium stimmten geschlossen für den Briten. Sie erhoffen von dem künftigen Generaldirektor, dass er die Rolle und das Profil der

ILO stärkt bei der Bekämpfung der Finanzkrise und der größten globalen Massenarbeitslosigkeit seit Ende des 2. Weltkriegs mit über 197 Millionen von der ILO registrierten Menschen ohne Arbeit.

„Gemeinsam mit Guy Ryder an der Spitze können wir die ILO zum Exzellenzzentrum für die Welt der Arbeit machen, eine ILO, die für eine sozial gerechte Welt der Arbeit steht, die gegen prekäre Beschäftigung und für soziale Sicherung eintritt“, formulierte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die hohen Erwartungen an den neuen ILO-Chef. Es dürften, so Sommer, „nicht die Zocker an den Finanzplätzen dieser Welt sein, die über Arbeitsbedingungen von Millionen von Menschen entscheiden“. Doch zu diesen Fragen dürften die Handlungs- und Wirkungsmöglichkeiten der ILO selbst mit einem engagierten und fähigen Gewerkschafter an der Spitze beschränkt bleiben.

Die ILO kann bei den Regierungen und Arbeitgebern die Einhaltung der in ihrem Rahmen vereinbarten über 170 Konventionen zu Arbeits- und Sozialbedingungen einklagen. Das könnte sie künftig durchaus deutlicher tun, als das in den letzten Jahren der Fall war. Darüber hinaus kann die ILO auch immer wieder durch scharfe, gut fundierte Analysen die Aufmerksamkeit auf aktuelle Krisen richten – so wie zuletzt im August mit ihrer Studie zur Jugendarbeitslosigkeit. Doch inwieweit ILO-Vereinbarungen und Empfehlungen umgesetzt werden, hängt nach wie vor im Wesentlichen von nationalen Politikentscheidungen ab. Das gilt auch im Falle der EU, mit der Ryder „eng kooperieren“ will, wenn es darum geht, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, die einen neuen Höchststand erreicht hat.

Möglicherweise eher erfüllen kann Ryder die großen Erwartungen der knapp 1.700 Beschäftigten der ILO selbst an ihren neuen Chef. Die ILO leidet unter einer schweren Finanzkrise, die in jüngster Zeit zu Entlassungen sowie zur Umwandlung fester Arbeitsverhältnisse in befristete Verträge geführt hat. Die Stimmung in der Genfer ILO-Zentrale ist schlecht. Die Personalvertretung wirft der bisherigen Führungsriege mangelnde Transparenz, einen unsozialen Umgang mit den Mitarbeitern und willkürliche Entscheidungen vor.

Ryder will dafür sorgen, dass die von den Mitgliedstaaten der ILO beschlossenen Arbeits- und Sozialnormen in der Genfer Zentrale wieder stärker beachtet und eingehalten werden. Dies versprach



Foto: © Marcel Crozet/ILO

Soll die ILO durch die Krise führen: Guy Ryder

er vor seiner Wahl. Und die Personalvertretung der ILO-Beschäftigten machte sehr deutlich, dass sie den neuen Generaldirektor an der Einhaltung dieses Versprechens messen wird.

Andreas Zumach

 Der Autor ist freier Journalist in Genf.

Die ILO

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen – und die einzige, die eine dreigliedrige Struktur hat: In ihr arbeiten Repräsentanten von Regierungen, Arbeitnehmern und Arbeitgebern der 185 Mitgliedstaaten gleichberechtigt zusammen.

Ihre Gründung – zunächst als ständige Einrichtung des Völkerbundes – im Jahr 1919 in Versaille ging auf Forderungen der sozialdemokratischen Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zurück. Ihren jetzigen Status bei den Vereinten Nationen in Genf hat sie seit 1946.

Schwerpunkte der ILO-Arbeit sind die Formulierung und Durchsetzung internationaler Arbeits- und Sozialnormen, insbesondere der Kernarbeitsnormen, die soziale und faire Gestaltung der Globalisierung sowie die Schaffung von menschenwürdiger Arbeit als einer zentralen Voraussetzung für die Armutsbekämpfung.

Guy Ryder ist ihr zehnter Generaldirektor.



Internationale Arbeitskonferenz in Genf



Todesurteil aufs Mobiltelefon

Nirgendwo auf der Welt werden mehr Gewerkschafter ermordet als in Kolumbien. Die Täter sind meist rechte Paramilitärs, die mit Sicherheitskräften, Politikern und Industrie zusammenarbeiten.

Am 16. August 2012 kam Juan Osorio, der nationale Schatzmeister der Gewerkschaft der Angestellten des öffentlichen Gesundheits- und Sozialwesens in Kolumbien (ANTHOC), nach acht Jahren zum ersten Mal wieder in die Provinzstadt Magangué in der Provinz Bolívar. Um die Mittagszeit saß er mit den Kolleginnen einer öffentlichen Apotheke zusammen, da klingelte sein Mobiltelefon. Eine Textnachricht, geschickt von der Nummer 3 148 611 379: „Juan, du bist in die Stadt zurückgekommen und hast damit dein Todesurteil gefällt. Du hast eine Stunde, um zu verschwinden. Sonst werden wir dich mit Blei abfüllen.“



Foto: © flickr/prendio2, Cc BY-SA 2.0

Protest gegen Korruption im Gesundheitswesen

Osorio, der in Magangué aufgewachsen ist, setzte sich umgehend ins Auto. Wegen solcher Todesdrohungen war er vor acht Jahren aus seiner Heimatstadt geflohen und in die Zentrale der Gewerkschaft nach Bogotá gegangen. Er war bedroht worden, weil er bei einer Aufklärungskampagne gegen Korruption im öffentlichen Gesundheitswesen an vorderster Front gestanden hatte. Das Wort „Front“ ist in Kolumbien immer wörtlich gemeint, wenn es um Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter geht. Sie stehen tatsächlich im Kugelhagel. 2009, als ANTHOC in der Provinz Bolívar wieder Klagen wegen Korruption öffentlich machte, wurde Vilma Cárcamo vom örtlichen Vorstand nach ähnlichen Drohungen erschossen. Juan Florez, ein weiteres Vorstandsmitglied, floh nach Spanien ins Exil. Landesweit hat ANTHOC in den vergangenen fünfzehn Jahren 135 Mitglieder durch Morde verloren.

Nirgendwo werden mehr Gewerkschafter ermordet als in Kolumbien. Von 1986 bis 2011 waren es

2.914 – 60 Prozent der weltweit begangenen Morde an organisierten Arbeitern und Angestellten. Nicht einmal zehn Prozent dieser Verbrechen wurden aufgeklärt. Und nur bei einem Viertel weiß man, aus welchem Umfeld die Täter kommen. Diese Zahlen aber sind eindeutig: 72,7 Prozent der Gewalttaten werden von Paramilitärs begangen, 23,8 Prozent von staatlichen Sicherheitskräften, also von der Polizei oder vom Militär. Für 2,1 Prozent der Straftaten sind linke Guerilla-Verbände verantwortlich, für 0,7 Prozent ein Arbeitgeber und bei noch einmal 0,7 Prozent war es Zufall, dass das Opfer in einer Gewerkschaft war.

Dass die beiden hauptsächlichen Tätergruppen, die ultrarechten Paramilitärs und die Sicherheitskräfte, eng zusammenarbeiten, ist lange nachgewiesen. In der Regel übernehmen die illegalen Truppen die Schmutzarbeit. So hat eine Einheit des inzwischen aufgelösten Geheimdienstes, die eigentlich für den Schutz gefährdeter Gewerkschaftsmitglieder verantwortlich war, Listen mit deren Namen an die Paramilitärs weitergegeben und sie damit zum Abschuss freigegeben. Gewerkschafter gelten als subversiv, weil sie die neoliberale Wirtschaftsordnung des Landes kritisieren.

Auch die Verbindungen zwischen Paramilitärs und ranghohen Politikern sind bekannt. Mehrere Dutzend Parlamentsabgeordnete, Provinzgouverneure und Bürgermeister sitzen wegen der Zusammenarbeit mit diesen Killertruppen in Haft. Die Beziehungen zwischen diesen Gruppen und der Privatwirtschaft dagegen sind sehr viel diskreter. Dabei wurden die Paramilitärs Anfang der 1980er-Jahre von Agroindustriellen als Privatarmeen gegründet, um ihre Ländereien vor Übergriffen linker Guerillaverbände zu schützen. Bislang sind erst zwei prominente Fälle der Verbanlung öffentlich: Anfang 2007 bezahlte der Früchtekonzern Chiquita in einem mit dem Justizministerium der USA ausgehandelten Vergleich eine Strafe von 25 Millionen US-Dollar, weil er in Kolumbien paramilitärische Gruppen finanziert hatte. Wäre es zum Prozess gekommen, wäre die Strafe härter ausgefallen; die Paramilitärs wurden damals vom Justizministerium zusammen mit al-Kaida auf der Liste terroristischer Organisationen geführt.

Anfang 2008 ordnete ein Richter Ermittlungen gegen die Chefs einer Nestlé-Milchpulverfabrik in der Provinzstadt Valledupar an. Paramilitärs hatten 2005 den Gewerkschafter Luciano Romero zu Tode gefoltert. Der Richter ist überzeugt, dass

die Nestlé-Chefs den Mord finanziert oder gar direkt in Auftrag gegeben haben. Derzeit prüft die Staatsanwaltschaft in der Schweiz, ob sie auch ein Verfahren gegen den damaligen Konzernchef Peter Brabeck eröffnet.

Warum aber werden Gewerkschafter des Gesundheits- und Sozialwesens ermordet oder – wie im Fall von Juan Osorio – mit dem Tod bedroht? In diesem Sektor werden viele Millionen schwere Aufträge vergeben, sagt der Menschenrechtsanwalt Alirio Uribe. Korruption sei deshalb weit verbreitet. Wer wie Osorio diese kriminelle Bereicherung auf dem Rücken von Bedürftigen anprangert, hat schnell sehr mächtige skrupellose Feinde.

Toni Keppeler



Der Autor betreut das latinomedia-Büro Tübingen und ist regelmäßig in Lateinamerika

Menschen, die aufgrund ihrer Gewerkschaftstätigkeit 2011 weltweit ermordet wurden



Quelle Statistik: IGB

Verletzung von Gewerkschaftsrechten

Es muss nicht immer Mord sein. Auch 2011 wurden Gewerkschafter auf die verschiedenste Weise bedroht oder verfolgt. Sie wurden verprügelt, verhaftet oder – wie in Südkorea – zu gigantischen Summen Schadenersatz verurteilt. Tausende Beschäftigte, die ihr Recht auf Streik wahrnahmen, wurden entlassen – beispielsweise in Georgien, Kenia, Südafrika und Botswana – oder unter Androhung von dubiosen Gesetzesauslegungen oder Gewalt zur Rückkehr an ihre Arbeitsplätze gezwungen, etwa in Indien oder Australien. (<http://survey.ituc-csi.org>)



Samsung lässt Kinder schuften

Eigentlich ist Kinderarbeit auch in China streng verboten. Doch die Realität ist eine andere. In den Samsung-Werken etwa arbeiten ganz systematisch Minderjährige. Sie werden von Schulen vermittelt.

Elegant funkelnde Smartphones, zusammengelötet von 13-, 14- und 15-Jährigen – eigentlich gilt diese Praxis in China als längst verboten und wird vom Staat auch geahndet. Die unabhängige Arbeiterorganisation China Labor Watch hat aber dennoch nachgewiesen, dass in einigen chinesischen Fabriken nicht nur punktuell, sondern ganz systematisch Kinderarbeit gang und gäbe ist.



Foto: © China Labor Watch

Kinder und Jugendliche sind eine billige und leicht verfügbare Ressource.

Untersuchungen hatten auch dort ergeben, dass in einem Betrieb wahrscheinlich zwischen 50 und 100 Minderjährige beschäftigt waren. Sie verrichteten die gleiche Arbeit wie Erwachsene, erhielten aber nicht einmal 70 Prozent des üblichen Gehalts. HEG produziert unter anderem auch für die Elektronikunternehmen LG und den Handy-Hersteller Motorola. Beide Firmen und auch Samsung bestritten die Vorwürfe. Samsung betonte, man mache regelmäßig Kontrollrundgänge bei HEG. Dabei sei nie etwas aufgefallen. Nun hat China Labor Watch allerdings Hinweise aus Fabriken, die unmittelbar Samsung unterstellt sind. Aber auch diese jüngsten Anschuldigungen bestreitet das südkoreanische Unternehmen. Samsung messe sich „an den höchsten Standards bei den Arbeitsbedingungen“, heißt es.

In vielen Teilen Chinas herrscht zunehmend Arbeitermangel, so dass vor allem die schwächelnden auf Export orientierten Unternehmen es anders als noch vor wenigen Jahren schwer haben, Personal zu niedrigen Löhnen finden. Kinder und



Verletzungen müssen selbst versorgt werden.

Jugendliche sind für sie eine billige Ressource. Denn sie sind oft fingerfertiger, wissen sich anders als ihre älteren Kollegen aber nicht zu wehren. Gerade in ländlichen Gegenden kommen viele von ihnen aus ärmlichen Verhältnissen. Die Eltern



Foto: © flickr/Roger Pritee/CC BY 2.0

Für die Besitzer bedeutet ein Handy zunächst einmal Spaß.

Nach der häufigen Kritik an Apple und seiner Zulieferfirma Foxconn wegen der zum Teil miserablen Arbeitsbedingungen dort hat China Labor Watch nun den südkoreanischen Elektroriesen Samsung ins Visier vorgenommen – Hersteller unter anderem der weltweit so beliebten Galaxy-Smartphones. Die Arbeitnehmerorganisation mit Sitz in New York berichtet, dass in drei von sechs untersuchten Betrieben von Samsung Kinderarbeit weit verbreitet sei. Unter 16 Jahre alte Schülerinnen und Schüler werden demnach häufig ausgerechnet von ihren Lehrern zur Fabrikarbeit gezwungen: Sie drohten damit ansonsten keine Abschlusszeugnisse auszustellen. Einige dieser Schulen behaupten, es handle sich um Praktika, um ihre Schüler auf das Arbeitsleben vorzubereiten. Doch glaubwürdig klingen diese Begründungen nicht. China Labor Watch weiß, dass die Lehrer von lokalen Samsung-Leitern für diese Vermittlung bezahlt werden. Es würden unmittelbar Verträge zwischen den Schulen und den Fabrikbetreibern ausgehandelt – die Schulen erhielten Geld dafür.

China Labor Watch hat Samsung schon eine Weile im Blick. Denn bei HEG Electronics, einer chinesischen Zulieferfirma des südkoreanischen Großkonzerns, berichtete die Organisation bereits im Juni, dass Kinderarbeit dort üblich sei. Anonyme

begrüßen es sogar, wenn die Kinder ein paar Yuan nach Hause bringen. Wie weit Kinderarbeit insgesamt in der Volksrepublik verbreitet ist – dazu gibt es keine offiziellen Zahlen. Einer Statistik des chinesischen Bildungsministeriums zufolge wird die neunjährige Schulpflicht von 94 Prozent der in China lebenden Kindern eingehalten. Das klingt zunächst einmal nach einem recht hohen Wert. Angesichts der 1,3 Milliarden Chinesen heißt es in absoluten Zahlen jedoch: Rund 18 Millionen Kinder gehen gar nicht oder nur unregelmäßig zum Schulunterricht.

Spätestens nach der Selbstmordserie unglücklicher Arbeiterinnen und Arbeiter bei dem taiwanesischen Zustellerunternehmen Foxconn vor zwei Jahren hat die Politik die Arbeitsgesetze eigentlich deutlich verschärft. Das chinesische Recht zählt inzwischen zu den striktesten der Welt. Chinas Premierminister Wen Jiabao betonte wiederholt, dass diese Gesetze einzuhalten seien und bei Missachtung hohe Strafen drohten. Doch es hapert bei der Umsetzung. Viele Parteikader vor Ort kooperieren mit den Fabrikbetreibern. Mit den Bestimmungen gehen die Behörden daher oft sehr lax um. Sie lassen die Betriebe gar nicht erst überprüfen. Weil China Labor Watch in der Volksrepublik selbst offiziell nicht anerkannt ist, kann sie keine flächendeckenden Untersuchungen in sämtlichen chinesischen Fabriken durchführen. Sie sucht sich daher gezielt Betriebe von Unternehmen heraus, die wie Samsung auf ein positives Image angewiesen sind. Mit dieser Strategie hat China Labor Watch schon Apple empfindlich getroffen.

Felix Lee

Der Autor ist freier Journalist in Peking.



Die Unsichtbaren

Weltweit arbeiten 100 Millionen Menschen als Hausangestellte – eine Branche mit Wild-West-Bedingungen.

Erst im vergangenen Jahr veröffentlichte die Internationale Arbeitsorganisation ILO einen Film über Hausangestellte im Libanon. Er zeigt schwerste Misshandlungen, Todesopfer. „Das sind die Fälle, die durch die Medien gehen“, sagt Karin Pape vom International Domestic Workers Network IDWN. „Dabei wird oft vergessen, dass hier in einer ganzen Branche Wild-West-Bedingungen herrschen.“

Bedarf und das Angebot an günstigen Arbeitskräften für den Haushalt. Im Libanon etwa, sagt Oelz, kämen auf zwei Millionen Einwohner rund 200.000 immigrierte Hausangestellte – für eine wachsende Mittelschicht gehört die Hausangestellte aus Sri Lanka oder Äthiopien inzwischen zum Lebensstandard. Auch angesichts der steigenden Anzahl pflegebedürftiger Menschen, rechnet die ILO damit, dass die Nachfrage nach Hausangestellten weltweit zunimmt. Die Pflege durch Familienangehörige wird seltener. Für die Philippinen oder Sri Lanka ist das Geld, das ausgewanderte Hausangestellte zurückschicken,



Foto: © ILO

„Hausangestellte sind Arbeitnehmer“ – Diese junge indische Frau inspirierte viele, auch die entsprechenden Rechte einzufordern.

Bis zu 100 Millionen Menschen arbeiten nach Schätzungen der ILO weltweit in den Haushalten anderer – als Nanny, Putzkraft, Koch oder Pfleger. Das Gros von ihnen sind MigrantInnen, die das verdiente Geld nach Hause schicken. Und über 80 Prozent sind Frauen. Sie verlassen häufig ihre eigenen Kinder, um sich um den Nachwuchs Fremder zu kümmern.

Hausangestellte sind wie in keiner anderen Branche von ihren Arbeitgebern abhängig. Vor allem außerhalb Europas leben sie in der Regel im Haushalt der Familie und in Rund-um-die-Uhr-Bereitschaft „unsichtbar“ für den Rest der Gesellschaft. In vielen Ländern werden sie nicht als Arbeitnehmer anerkannt und daher von geltenden Arbeitsschutzregelungen nicht erfasst. „Dann ist es oft nur noch ein schmaler Grat zur Zwangsarbeit“, sagt Martin Oelz, Arbeitsrechtsexperte bei der ILO. Im gleichen Maße, wie die Schere zwischen Arm und Reich auseinandergeht, steigt auch der

schon jetzt einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren. Schon im letzten Jahr hat die ILO mit großer Mehrheit das „Übereinkommen über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte“ verabschiedet. Darin sind Mindestanforderungen zum Arbeitsschutz, zu Urlaub und zu Ruhezeiten vorgegeben. Das deutsche Bundesarbeitsministerium prüft derzeit noch die Ratifizierung. Andere Länder aber sind weiter. Erst im August haben die Philippinen als zweites Land nach Uruguay die Konvention



Foto: © flickr/bark; CC BY 2.0

Arbeit, die niemand sieht



Foto: © Anti-Racism Movement; CC BY-NC 3.0

Protest: Die-in vor dem libanesischen Arbeitsministerium

ratifiziert. So kann sie im Jahr 2013 bereits in Kraft treten. Dazu braucht es nur die Unterschrift von zwei Ländern. „Nur“, so sagt IDWN-Experte Pape, „wenn wir keine organisierten Hausangestellten haben, die diese Rechte auch einfordern, dann bleibt das schöne Papier.“

Auch in Deutschland. Auch dort seien nicht alle Probleme gelöst, sagt Pape. In deutschen Haushalten arbeiten bis zu einer Million Frauen und Männer, über 70 Prozent sind nicht angemeldet. Sie arbeiten ohne Vertrag, ohne Sozialversicherung, zahlen keine Steuern. „Schwarzarbeit“, sagt Pape, „wird in dem Sektor noch immer als Kavaliärsdelikt betrachtet und zwar von beiden Seiten“. Jenseits dramatischer Missbrauchsfälle führe dies zu einem „alltäglichen Wahnsinn“: keine Bezahlung bei Krankheit, keine Versicherung für ärztliche Behandlung, keine Absicherung fürs Alter.



Quelle: Statistik; ILO

Und vor allem: kaum Chancen, ihr Recht einzuklagen. Pape fordert bessere Beschwerdemechanismen, auch für Arbeitgeber, die keine Ausbeuter sein wollen. Der Bedarf an Hausangestellten nehmen zu, der Druck, ihre Rechte zu stärken, auch in Deutschland – und weltweit.

Manuela Heim

Die Autorin arbeitet als freie Journalistin in Berlin.

Weitere Informationen: www.idwn.info; www.wiego.org
www.youtube.com/watch?v=3rY91LCyY4s

KOMMENTIERT
VORGESTELLT
DECENT WORK
AUS PROJEKTEN UND KAMPAGNEN
NOTIERT



„Engagieren ist gefährlich“

Sieben Mal ist Hasan Arslan in der Türkei mindestens schon festgenommen worden. Er macht weiter und fordert internationalen Druck.

Nord-Süd-Netz: Hasan Arslan, wie gefährlich ist es, in der Türkei als Gewerkschafter zu arbeiten?

Hasan Arslan: Wer sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und höhere Löhne einsetzt, muss damit rechnen, von der Polizei festgenommen, verfolgt, angegriffen zu werden. Vor allem die Repressionen gegen kurdische Gewerkschafter aus der Konföderation der Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst (KESK) nehmen zu. Hunderte von ihnen wurden in den letzten Jahren festgenommen. Viele sind zu Haftstrafen verurteilt worden. Sie kämpfen dafür, dass die Kurden gleichgestellt und ihnen somit auch die demokratischen Rechte zugestanden werden. Sich derart politisch zu engagieren, ist extrem gefährlich.



Foto: © Sibel Öksüz

Hasan Arslan: „Wir tauschen uns aus und lernen voneinander.“

Ein Streikverbot so schnell?

Nehmen Sie den Fall von Turkish Airlines. Als Tarifverhandlungen nach mehreren Monaten nichts gebracht haben, folgten die Beschäftigten dem Aufruf ihrer Gewerkschaft Hava-Is und traten ein. Die Regierung verabschiedete kurzerhand ein Gesetz, nach dem Streiks in der zivilen Luftfahrt verboten sind. Nach dem ersten Tag des Streiks gegen dieses Gesetz wurde 350 THY-Beschäftigten gekündigt.

Aber es gibt auch Erfolge?

Im Allgemeinen leider nicht. Gewerkschaftsrechte werden erst eingeräumt, wenn in einem Betrieb mindestens die Hälfte der Beschäftigten in einer bestimmten Gewerkschaft organisiert ist, mehr als zehn Prozent der Beschäftigten in diesem Sektor müssen in der betreffenden Gewerkschaft organisiert sein. Und während der letzten vier Jahre, in der Krise, haben wir auch noch Mitglieder verloren, weil Betriebe schlossen. Der Organisationsgrad ist entsprechend gering: Nur 700.000 Gewerkschafter unter den insgesamt 23 Millionen Beschäftigten haben einen Tarifvertrag. 1996 waren es immerhin noch eine Million.

Sind Männer und Frauen gleichermaßen organisiert?

Selbst in der Textilbranche sind nur zehn Prozent der Organisierten Frauen, bei den Metallern sind es nur sechs.

Welche Unterstützung brauchen Sie?

Bosch, Man, Hugo Boss – viele internationale Unternehmen haben in der Türkei Tochter- und Zulieferfirmen. Die Konzernzentralen geben sich nach außen vorbildlich, verabschieden Rahmenvereinbarungen, drücken aber ein Auge zu, wenn ihre Tochterfirmen und die Lieferanten Arbeitnehmerrechte missachten, Mindestlöhne nicht gezahlt werden, Gewerkschaften bei der Organisation behindert werden. Da müssen wir Gewerkschafter internationaler werden und die Konzerne allerorten unter Druck setzen.

Wo hat die internationale Solidarisierung gewirkt?

Der Stuttgarter Automobilzulieferer Mahle hat in Izmir und Konya zwei Betriebe mit gut 1.000 Beschäftigten. Sie wollten sich gewerkschaftlich organisieren. Da haben wir geholfen. Plötzlich wurden einige Mitarbeiter entlassen. Doch dann machten die IG Metall und die Gesamtbetriebsräte aus Stuttgart Druck – und die Manager in der Türkei akzeptierten die ILO-Kernarbeitsnormen. Die Kollegen bekamen ihre Jobs zurück.

Sie wollen die Macht der Gewerkschaften vor Ort auch erhöhen – wie?

Wir versuchen in Zusammenarbeit mit dem DGB Bildungswerk BUND, durch das gemeinsame Projekt das Bewusstsein der Beschäftigten zu erhöhen, um die Arbeitnehmerrechte in der Türkei zu stärken. Wir organisieren Seminare, Konferenzen, wir reisen nach Deutschland, um uns auszutauschen und voneinander zu lernen. Tatsächlich haben wir die Zahl unserer Mitglieder seit 2007 ungefähr verdoppelt: Rund 80.000 ArbeitnehmerInnen machen mit, das entspricht einer mittelgroßen Gewerkschaft.

 Das Gespräch führte Hanna Gersmann.

 Weitere Informationen: www.nord-sued-netz.de/node/1048; www.kesk.org.tr (nur Türkisch); www.disk.org.tr (z. T. auch Englisch)



Foto: © flic/dr/bairisbak; CC BY 2.0

Gefährlich: Eintreten für die kurdische Minderheit

Was ist Ihnen passiert?

Sieben Mal bin ich mindestens schon verhaftet worden. Ich musste mir vorwerfen lassen, gegen Gesetze verstoßen zu haben. Denn man darf keinen „wilden“ Streik führen. Doch wenn Gewerkschaftsmitglieder rechtswidrig entlassen werden, dann leisten sie Widerstand vor dem Werkstor. Das verstößt jedoch gegen das Demonstrationsrecht. Man darf in der Türkei nur streiken, während Tarifverträge verhandelt werden.

Arbeitgeber entlassen Gewerkschafter?

Rigoros. Ihnen wird dann zum Beispiel vorgeworfen, dass ihre Leistung nicht stimmt. Wer sich dagegen wehrt, zu Demonstrationen aufruft, muss mit einer Festnahme rechnen. Die Streiks können auch schnell durch Ministerbeschluss verboten werden.

Vita

Hasan Arslan (56), kam mit 15 Jahren aus der Türkei nach Deutschland, mit 16 hatte er seine erste Anstellung. Später arbeitete er bei Mercedes und wurde dort Betriebsrat. Seit 1996 ist er wieder in der Türkei, seit gut fünf Jahren leitet er in Istanbul das vom DGB Bildungswerk BUND unterstützte Projekt „Stärkung von Arbeitnehmerrechten in Südosteuropa“.



Notiert

Bangladesch-Projekt erfolgreich

Das Nord-Süd-Netz des DGB Bildungswerk BUND zieht eine positive Bilanz des „Garment Workers Project – TU Capacity Building Bangladesh“: Die ArbeiterInnen in der Bekleidungsindustrie Bangladeschs haben nun neue Chancen, ihre derzeit oft noch katastrophalen Arbeitsbedingungen zu verbessern. Das Projekt war durch Spendengelder des Nord-Süd-Netzes ermöglicht und mit der National Garment Workers Federation (NGWF) als Partner vor Ort umgesetzt worden.

Es stellte sich heraus, dass von den 100 wichtigsten Zulieferern für deutsche und europäische Konzerne 26 für C&A, elf für H&M, je neun für Tchibo und Zara, je acht für Primark und Metro sowie vier für Otto produzieren. In diesen Werken hat die NGWF Organisationsprozesse angestrengt, in einzelnen gibt es bereits Arbeitergremien. Das Wissen über die globalen Lieferwege verhilft der Gewerkschaft zu mehr Verhandlungsmacht – wenn sie z.B. direkt an die Einzelhandelskonzerne als Auftraggeber der Zulieferer herantreten kann. Insgesamt 652 ArbeiterInnen, darunter 439 Frauen, bekamen die Gelegenheit, sich in rechtlichen Fragen weiterzubilden; 157 Frauen absolvierten ein dreitägiges Führungstraining. Parallel dazu kamen über einen Austausch-Besuch erste Kontakte mit ver.di zustande.

Die Informationen zu den globalen Zusammenhängen, den Arbeitsbedingungen in Bangladesch und den deutschen Abnehmerunternehmen sowie Arbeiterrechten wurden zusätzlich über mehrere Newsletter verbreitet – sowohl für Gewerkschaftsmitglieder und interessierte Arbeiterinnen in Bangladesch als auch – auf Deutsch – für ver.di-Aktive und andere Interessierte in Deutschland. Das Projekt ist beendet, die Kampagne läuft: Am 20. September hat ver.di die „Kampagne für Beschäftigtenrechte entlang der Textil-, Bekleidungs- und Einzelhandelskette“ gestartet.



Weitere Informationen: www.nord-sued-netz.de;
www.verdi.de; www.bit.ly/exchains

Gerecht handeln

„TINA“ ist eine Abkürzung, die man aus dem kollektiven Wortschatz streichen kann – jedenfalls was die internationale Handelspolitik angeht. Dass die Behauptung „There Is No Alternative“ schlichtweg falsch ist, zeigt ein neuer Kurzfilm der Entwicklungsorganisation WEED mit dem Titel „Stop and Listen“ Das Video soll motivieren, sich



Foto: © WEEDnetz

Lernen on demand: Ausschnitt aus dem Kurzfilm Stop & Listen

mit den Auswirkungen der momentanen EU-Politik zu beschäftigen. Dazu gibt es Vorschläge für konkretes Handeln: von Ernährungssouveränität als Konzept für die Landwirtschaft, über dezentralisierte Wasserversorgung und eine Rohstoffpolitik, die weder Mensch noch Umwelt ausbeutet, bis hin zur Stärkung von regionalem Handel und regionaler Integration. Wer mehr Hintergrund braucht, findet diesen im WEED-Bericht „Southern Alternatives to EU Trade Policy“, in dem sich AutorInnen aus dem Süden Lösungsansätzen widmen. Der Bericht ist komplett in englischer Sprache herunterzuladen, nach und nach werden die Artikel aber auch ins Deutsche übersetzt.



Weitere Informationen: Film und Bericht:
www.weed-online.org/themen/6065936.html

Todesfalle Textilfabrik

Bei einem Brand in der Textilfabrik Ali Enterprises im pakistanischen Karachi sind am 11. September mehr als 250 Menschen ums Leben gekommen. Das vermutlich von einem Kabelbrand stammende Feuer konnte sich schnell ausbreiten, weil Sicherheitsbestimmungen nicht eingehalten worden waren. Viele der ArbeiterInnen erstickten oder verbrannten, weil der einzige Ausgang blockiert war. Fenster waren zugemauert.

„Jeder, der den Betrieb auch nur einmal besucht hätte, hätte die katastrophalen Sicherheitsbedingungen sofort entdeckt“, sagte Nasir Mansoor, Generalsekretär des pakistanischen Gewerkschaftsbunds NTUF. Der internationale Industriergewerkschaftsdachverband IndustriALL forderte die Regierung in Pakistan auf, die Verantwortlichen zu ermitteln und zu bestrafen. Zugleich startete er eine take-action-Kampagne mit einer Muster-E-mail an den pakistanischen Premier. Die Arbeitsrechtsorganisation Kampagne für saubere Kleidung wies darauf hin, dass Ali Enterprises u.a. Jeans für den Discounter Kik lieferte. Gemeinsam mit NTUF rief sie dazu auf, den Textilhändler und alle anderen Kunden, die billig in dem pakistanischen Werk produzieren ließen, ohne sich um die

dortigen Arbeitsbedingungen zu kümmern, mit in die Verantwortung zu nehmen.



Weitere Informationen: www.labourstartcampaigns.net/show_campaign.cgi?c=1570

Letzter Stand 189

Wie auf Seite 6 berichtet, prüft die Bundesregierung noch juristisch, ob das neue ILO-Übereinkommen 189, mit dem viele Länder Hausarbeit erstmals als reguläre Lohnarbeit anerkennen, mit der nationalen Gesetzgebung vereinbar ist. Ein Rechtsgutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung gibt den Weg bereits frei: Es gebe keine gesetzlichen Hemmnisse, das Übereinkommen könne von Bundestag und Bundesrat ratifiziert werden. Die Abteilung Internationale Gewerkschaftspolitik im DGB Bundesvorstand hat nun ganz frisch eine Broschüre „Hausangestellte – das Ende der Ausbeutung“ herausgegeben. Darin stellen die AutorInnen Übereinkommen und Gutachten vor und berichten über die aktuelle Situation von Hausangestellten in Deutschland und in Südafrika, wo Gewerkschafterinnen schon seit langem für gerechte Arbeitsbedingungen für Maids kämpfen.



Weitere Informationen:

Die Broschüre „Hausangestellte – Das Ende der Ausbeutung“ ist über das DGB-Online-Bestellsystem zu erhalten: www.dgb-bestellservice.de.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND
Vorsitzende: Ingrid Sehrbrock
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: Jens Martens
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Wilms
Satz: Achim Konopatzki

DGB Bildungswerk BUND
Nord-Süd-Netz
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/4301-333, Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Spendenkonto: SEB Bank AG,
Kto 101 600 9300, BLZ 300 101 11

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.
Mit finanzieller Unterstützung des BMZ.

BMZBundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung**Zukunftsentwickler.**
Wir machen Zukunft.
Machen Sie mit.